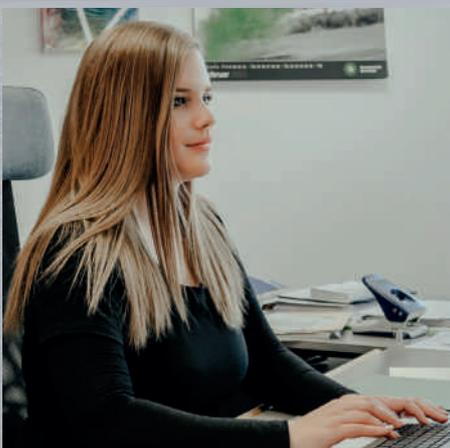


POLIZEI REPORT

G 46983

ISSN 0937-5333

Nr. 87 · Sept. 2022



immer im Einsatz

Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen in der Gewerkschaft der Polizei
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT



Markus Hüschentt

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

nach dem sehr heißen Sommer geht es weiter in einen arbeitsintensiven Herbst.

Vom 12. bis 14. September 2022 findet der 27. Ordentliche Bundeskongress der GdP in Berlin statt. Dem Motto „Für uns. Für morgen“ kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. So werden viele verdiente Kollegen altersbedingt nicht mehr antreten – ein Generationenwechsel steht an.



Für den Bundesvorsitz wird Jochen Kopelke kandidieren, ehemaliger Bremer GdP-Landesvorsitzender und aktueller Büroleiter des Innensensors von Bremen.

| | |
|---|----|
| Vorwort | 3 |
| Jahreshauptversammlung der KG Main-Kinzig | 6 |
| Seniorentage in Osthessen | 8 |
| Auf den Spuren der Wikinger | 11 |
| Grillen zum Abschied | 12 |
| Buchempfehlung | 12 |
| Verabschiedung von PP Günther Voß | 13 |
| Verabschiedung Ernst Pöhlmann | 15 |
| Verabschiedung Elmar Vogel | 16 |
| Familienfreundlicher Arbeitgeber | 17 |
| Einsatzbetreuung beim Herzberg-Festival | 17 |
| Beschlossen und verkündet | 18 |
| Tagung der Rechtsschutzbeauftragten | 19 |
| Radtour der BZG Südosthessen | 22 |
| Verabschiedung Frank Müller | 22 |
| Fotowettbewerb der GdP | 24 |
| Sicherheit in Freibädern – Aufgabe der Polizei? | 27 |
| Infoveranstaltung: Quo vadis TV-H? | 29 |
| Letzte Generation?! Wo bleibt der Verstand? | 30 |

Titelbild: Freitag/Wittig

Mir persönlich ist er noch sehr positiv aus seiner Zeit in der Jungen Gruppe in Erinnerung. Auch weitere Kandidatinnen und Kandidaten könnten sich aus unserer Jugendorganisation rekrutieren.

Die **Junge Gruppe** sei an dieser Stelle allen unter 35 zum Mitmachen empfohlen. Ihr seid die Zukunft unserer Gewerkschaft, und auf diesem Weg lernt ihr die Organisationsstrukturen und die Abläufe perfekt kennen. Und sicher das Wichtigste: Ihr redet und gestaltet mit! Sowohl in den Kreis- und Bezirksgruppen als auch auf Landesebene sind Nachwuchsgewerk-

schaftler sehr gefragt, die dabei sein wollen, wenn unser aller Zukunft gestaltet wird! Sprecht uns an.

Wichtigster Punkt bei der Mitgestaltung ist es auch, Probleme offen zu benennen. Und das dringendste Problem bei der Hessischen Polizei ist nach wie vor das **Personal**. Natürlich kam es durch die Sicherheitspakete zu einem Mehr an Personal (wurde ja auch eine lange Zeit systematisch abgebaut, man erinnere sich an die vom ehemaligen Ministerpräsidenten und späteren Bilfinger-Berger-Mitarbeiter Roland Koch verordnete sog.

„Operation sichere Zukunft“, bei der die Erhöhung der Beamten-Arbeitszeit auf 40 bis 42 Stunden und die Erhöhung der Lebensarbeitszeit von 60 auf 62 Jahre beschlossen wurden, und auch viele Stellen dem Rotstift zum Opfer fielen.

Man hat den Eindruck, dass bei **Personalberechnung** gern der Maßstab aus der Vergangenheit benutzt wird. Dass aber die Gegenwart einen wesentlich personalintensiveren Bedarf hat, wird seitens der Politik gern vergessen. So wichtig aktuelle Themen wie Terrorismusbekämpfung, Internetkriminalität etc. sind, dabei sollte man keinesfalls die Basis vergessen, die in den Revieren, Stationen und Kommissariaten ihren Dienst macht.

Regelmäßig weist die GdP daher landesweit oder regional auf **Misstände** hin (siehe Pressemitteilungen in dieser Ausgabe). Selbstverständlich findet das nicht nur Gegenfreude, speziell da im nächsten Jahr wieder eine Landtagswahl ansteht ist man hochsensibel. Wir als GdP stehen aber selbstverständlich allen demokratischen Parteien als Ansprechpartner zur Verfügung. Leider machen davon aber nicht alle Gebrauch, und gerade ein Gespräch mit der Polizei vor Ort könnte für den/die ein oder andere Politiker(in) deutlich mehr Erkenntnis bringen als Statistiken und Exceltabellen aus Wiesbaden. Wie die Stimmung vor Ort ist, wenn das wichtige Dienstfrei gestrichen, der Urlaub auf ein Minimum gekürzt (weil alle mal

Urlaub im Sommer wollen) und schon wieder ein Einsatz winkt und Corona umgeht – das bildet keine Statistik aus dem LPP ab.

Die GdP ist **EINE FÜR ALLE** – wir organisieren alle Polizeibeschäftigten, und setzen uns für sie ein, da Polizeiarbeit nur durch ein perfektes Zusammenspiel von allen Beteiligten erfolgreich sein kann. Bereits im Mai fand der Tag der Ordnungspolizei statt. Am 22.09.22 wird in Kleinlinden bei Gießen für alle Tarifbeschäftigten die Veranstaltung **„Quo vadis, TV-H?“** stattfinden. Hier wird es The-

men für jeden geben, egal ob man z.B. im Geschäftszimmer, an der Pforte, bei der Wachpolizei oder im Bereich Informatik arbeitet. Meldet euch an! ■

Herzlichst, Markus Hüschenbett,
Bezirksgruppe Südosthessen

Zum Schluss sei Euch ans Herz gelegt, uns auf unseren **Social Media Kanälen** zu folgen, um immer direkt die neuesten Informationen zu bekommen:

Facebook:

GdP Hessen: @GdPHessen
Junge Gruppe Hessen:@gdpjghessen
GdP-Bundesvorstand: @gdp.de



Twitter:

GdP Hessen: @gdp_hessen
GdP-Pressestelle Bundesvorstand:@GdPPresse



Instagram:

GdP Hessen: @gdp.hessen



Youtube:

GdP Hessen: GdP Hessen
GdP Bund: Gewerkschaft der Polizei Bundesvorstand



Infos per E-Mail

PP OH: gdp.oh@polizei.hessen.de
PP SOH: gdp.soh@polizei.hessen.de



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppen Südosthessen und Osthessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für die Bereiche Gelnhausen, Hanau, Offenbach,
Fulda, Schlüchtern, Hersfeld-Rotenburg, Vogelsberg,
PASt Langenselbold, PASt Bad Hersfeld,
PASt Petersberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrerr
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

Redaktion/Redaktionsanschrift:

GdP BZG Südosthessen
V.i.S.d.P. Thorsten Pfeiffer
Autobahnmeisterei Nr. 10, 63505 Langenselbold
GdP BZG Osthessen
V.i.S.d.P. Karsten Bech
Severingstr. 1-7, 36041 Fulda

Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

JHV DER KREISGRUPPE MAIN-KINZIG

Am Donnerstag, 07.07.2022, um 09:30 Uhr, fand die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Main-Kinzig in Gelnhausen-Höchst, „Zum Hirschen“, statt.

Als Ehrengäste konnte Markus Hüschentbett als Kreisgruppenvorsitzender und Thorsten Pfeiffer als sein Vertreter, Herrn Landrat Thorsten Stolz, Herrn Polizeipräsident Eberhard Möller, den Leiter der Polizeidirektion Main-Kinzig, Herrn Jürgen Fehler, den stellvertretenden Landesvorsitzenden Karsten Bech, sowie den Personalratsvorsitzenden Stefan Wagner, begrüßen.

Markus Hüschentbett begrüßte die Anwesenden, worauf nach den einleitenden Worten die Ehrung der verstorbenen Mitglieder der Kreisgruppe, stellvertretend für alle Mitglieder, Wilfried Simon und Frank Uffelmann, erfolgte.

Durch die Pandemie war in 2020 sowie 2021 keine Jahreshauptversammlung möglich, so Hüschentbett.

In seinem Rechenschaftsbericht nannte er die gemeinsamen Unternehmungen der KG, wie die Senioren-Weihnachtsfeier und den Stammtisch, welcher von Norbert Tumbrägel organisiert wird.

Der Senioren-Stammtisch findet nun in der Gaststätte „Zur Krone“ in Ronneburg-Hüttengesäß statt, da das „Steakhaus“ in Langenselbold geschlossen wurde.



Markus Hüschentbett mit Peter Schwan



Dieses Jahr wurde erstmalig am „Strong Viking“ in Wächtersbach teilgenommen. Hier wurde die Startgebühr durch einen Obolus der GdP unterstützt.

In der nächsten Zeit zumindest ist wieder mehr an Aktivitäten möglich. Daher ist eine Fahrradtour, die Teilnahme am Hanauer Stadtlauf und eine Wanderung in Unterfranken (Michelbach) mit Weinverkostung geplant.

Gewerkschaftlich hat sich im Bereich des Personalrates eine personelle Veränderung ergeben. Bernhard Huder ist zum 31.03.2022 in den wohlverdienten Ruhestand gewechselt. Sabine Spangenberg von der Past. Langenselbold hat seine Nachfolge angetreten.

Uwe Sachs aus dem KG-Vorstand hat die Personalratswahl 2021 ausgezeichnet vorbereitet, welche 2020 pandemiebedingt ausgefallen war. Auf Grund der Pandemie mussten wir die Urnenwahl auf zwei Möglichkeiten reduzieren und konnten dieses Mal keine Möglichkeit der „mobilen Wahl“ (Anfahren der Dienststellen) durchführen. Des Weiteren wurde den Kolleginnen und Kollegen eine Briefwahl ermöglicht. Die Berufsvertretung wurde an der HöMS in Mühlheim mit der Begrüßung/Werbung der Neueinsteiger wird unterstützt von Sabine Spangenberg.

Nach dem Rechenschaftsbericht erfolgte die Vorstellung des Kreisgruppenvorstandes.

Vor Ort sind wir als Kreisgruppe auch aktiv, u.a. werden die Kollegen bei Einsätzen betreut, z.B. in Hanau nach dem Attentat und an den Jahrestagen.

Bezüglich Personal haben die anderen PPs deutlich mehr an Personal, so dass diese im Wechselschichtdienst die Möglichkeit haben, die 5. Dienstgruppe einzurichten.

In unserem PP wird die 5. Dienstgruppe zurzeit in Hanau I und beim Polizeirevier in Offenbach praktiziert, was dort auf Grund von Personalmangel jedoch nur mit personellem Austausch untereinander möglich ist.

Die Gewalt gegen Kollegen hat proportional zugenommen. Es kann unter Umständen behördlicher Rechtsschutz beantragt werden. Bei Schmerzensgeldansprüchen ab 500,- Euro kann es zu einer Erfüllungsübernahme kommen. Durch die GdP wurde in Wiesbaden eine Juristin eingestellt, welche bei rechtlichen Fragen ebenfalls zur Seite steht.

Die Mitgliederzahl ist, auf Grund der Neueinstellungen des Landes, gestiegen (aktuell von 440 auf 480 Mitglieder). Dies relativiert sich wieder, was kein Grund zur Beunruhigung ist, da es daran liegt, dass wir ca. 40 Kollegen von der Kreisgruppe Main-Kinzig zur Kreisgruppe Offenbach beim Umzug ins neue PP abgegeben haben.

Es folgte der Bericht des Kassierers Uwe Sachs. Der Kassenbericht erstreckte sich auf Grund der Pandemie über die letzten 3 Jahre. Der Bericht bestätigte die einwandfreie Kassenprüfung und es erfolgte die erwartete Entlastung des Kassierers durch die anwesenden Mitglieder.

Erwähnenswert ist, dass es aktuell eine Postkartenaktion des DGB gibt. Hin-



tergrund ist, dass die Pensionäre bei der letzten Tarifrunde keine Beachtung gefunden haben.

Im Anschluss folgte das Grußwort des Landrates, Herr Thorsten Stolz. Dieser lobte eingangs die hervorragende Arbeit der Polizeibeamtinnen und -beamten.

Durch die Pandemie wurde auch der Alltag der Polizei auf den Kopf gestellt.

Die Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion Hanau als auch mit dem Landkreis funktioniert gut, sagte Stolz.

Die Kolleginnen und Kollegen mussten sich während der Pandemie viel anhören, was oftmals über die Belastungsgrenze ging.

Landrat Stolz dankte auch den Ordnungsämtern, welche durch die Kontrolle der Corona-Auflagen vor eine Herausforderung gestellt wurden.

Er betonte, dass die Gespräche mit dem Vorstand, aber auch die jährliche Weihnachtsbereisung immer wieder zu einem guten Ergebnis führten. Dank der GdP verfügen die Kollegen über eine gute persönliche Ausstattung.

Der MKK bzw. die PD Main-Kinzig ist der einwohnerstärkste Kreis mit dynamischen Wachstum. In den nächsten Jahren werden wir ca. 430.000 Einwohner haben.

Die Kreispolitik wird nicht nachlassen, mehr Personal für die Polizei zu fordern.

Herr PP Möller bedankte sich bei Herrn Landrat Stolz für die Wertschätzung.

Weiterhin erwähnte er, dass die GdP stärkste Gewerkschaft sei und dies wichtig bei Tarifverhandlungen, Ausstattung und verfassungswidrige Besoldung ist.

Herr PP Möller erläuterte die Problematik im PP SOH, das an einer starken Fluktuation leidet, wodurch ein niedriger Altersdurchschnitt vorherrscht.

Herr PD Leiter Fehler folgte auf Herrn PP Möller und berichtete, dass die Polizei in den letzten Jahren erheblich belastet war, u.a. mit dem Einsatz in Hanau am 19.02.2020.

Die Ausrüstung für die Kolleginnen und Kollegen wird durch die immer herausfordernden Einsätze aufgestockt, wie z.B. bei der Ausrüstung mit dem G 38 oder auch der IT-Bereich. Es wurde die Arbeitsgruppe PIAV (Polizeilicher Informations-/Analyseverbund) eingerichtet.

Die Polizei als solches funktioniert, befindet sich aber zurzeit in einem Umbruch.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Karsten Bech bedankte sich für die Arbeit während der Personalratswahlen 2021 und dem Wahlvorstand, hier insbesondere Stefan Wagner als Landeswahlleiter.

In Bezug auf Personal haben wir eine landesweite Stellenproblematik. Es ste-

hen zwar Stellen zur Verfügung, aber keine Beamten.

Zurzeit liegen 200 Anträge von Länderwechslern vor.

Die Polizei hat insgesamt zu wenig Personal für die anfallenden Arbeiten. Des Weiteren hängen wir bei der Modernisierung hinterher, auch wenn es für die Kolleginnen und Kollegen mittlerweile Smartphones gibt und ein Asservatenmanagement eingerichtet werden soll.

Es folgten die Ehrungen sowie ein Gruppenfoto mit Herrn Landrat Thorsten Stolz.

Sabine Spangenberg / KG Main-Kinzig



PD Jürgen Fehler



Karsten Bech



Ehrungen



Landrat Thorsten Stolz (3. v.l.) mit dem KG-Vorstand

THEMEN, DIE IMMER AKTUELL UND WICHTIG SIND

SENIORENTAGE IN OSTHESSEN BEGANNEN IM AUGUST IN FULDA

Nach gefühlter langer Corona-Absenz startete Mitte August in Fulda-Bronzell die Veranstaltungstrilogie der osthessischen GdP für die Seniorinnen und Senioren. Um möglichst vielen GdP-Seniorinnen und Senioren die Teilnahme an der Veranstaltung zu ermöglichen, finden zwei inhaltsgleiche Veranstaltungen statt.

Bewusst wurde kein zeitlich eng gestricktes Programm „durchgezogen“. Die zahlreichen Teilnehmer sahen sich mitunter lange Zeit nicht und so war es erforderlich ausreichend Zeit für den persönlichen Austausch einzuplanen.

Die stellvertretenden BZG-Vorsitzenden Martin Mohr und Udo Klar berichteten den anwesenden Senioren über aktuelle Entwicklungen in der hessischen Polizei, dem Polizeipräsidium Osthessen und der GdP. Die Stellen- und Personalsituation nahmen einen großen Teil ihrer Ausführungen ein. Schließlich interessierte es jeden, wer neuer Dienststellenleiter wurde und/oder die eine oder andere neue Funktion innehat. Fehlstellen, Versetzungsproblematik, Beförderungssituation oder die Nachwuchsgewinnung fehlten in ihren Ausführungen ebenfalls nicht.



Die Situation in den osthessischen GdP-Kreisgruppen sieht da schon anders aus. Es ist mitunter nicht ganz einfach Kolleginnen und Kollegen für die Übernahme eines Ehrenamtes innerhalb der GdP zu gewinnen. Es ist zwar wichtig, dass die GdP kompetente Auskunft erteilt und sich für die Interessen nachhaltig einsetzt und wird von den Kolleginnen und Kollegen auch wertgeschätzt, aber aktiv in der GdP möchte ich (noch) nicht mitarbeiten. Gerade das wäre wichtig, da die Beschäftigten, außer der GdP niemanden haben, der ihre berechtigten Interessen vertritt und sich für sie einsetzt. Hier muss ein Umdenken einsetzen. Gewerkschaftsarbeit ist kein Selbstzweck, sondern eine verfassungsrechtlich verbrieft Mitgestaltungsfunktion.

Bezirksseniorenvorsitzender Ewald Gerk gab in seinen Ausführungen einen Überblick über wichtige Seniorenthemen innerhalb der GdP, der Polizei und der Gesellschaft. Aktive Seniorenarbeit zahlt sich unterm Strich für alle positiv aus.

Beihilfe und Pflege sind zwei Themenbereiche, die niemals an Aktualität verlieren werden. Nicht zu vernachlässigen sind auch die erforderlichen Regelungen und Festlegungen, die im fortschreitenden Alter immer wichtiger werden. Wer will schon gerne fremdbestimmt sein Lebensende vollbringen?

Unser GdP-Mitglied und ehemaliger Leiter der Beihilfestelle in Hünfeld, Gerhard Kaiser, referierte über die aktuellen Änderungen in der Hessischen Beihilfe-

verordnung. Mit Beginn des Jahres traten einige Änderungen in Kraft, die teils positiv aber auch teils negativ sich auf die Leistungen für die Beihilfeberechtigten auswirken. Oft kommt es vor, dass aus Sicht des Anspruchsberechtigten zu wenig Beihilfe gezahlt wurde. Bei näherer Betrachtung stellt sich vielfach heraus, dass Veränderungen beim Familienstand, Pensionierung oder sonstiges, die Beihilfe beeinflussenden Daten nicht bzw. nicht rechtzeitig mitgeteilt werden.

Ein weiterer Hinweis lag Gerhard Kaiser besonders am Herzen: Die Beihilfeberechtigten sollten, sofern noch nicht geschehen zusammen mit dem nächsten Beihilfeantrag eine Vollmacht beilegen, die eine weitere Person in die Lage versetzt Beihilfeanträge zu stellen. Liegt diese nicht vor, können Anträge nur durch den Beihilfeberechtigten selbst gestellt werden.

Gleich zu Beginn gab es viele Fragen, die sich um Beihilfeansprüche bei gleichzeitigem Rentenbezug drehten. Viele unserer Pensionäre sind vor dem Eintritt in den öffentlichen Dienst mitunter jahrelang pflichtversicherter Arbeitnehmer gewesen. Gerhard Kaiser führte dazu aus, dass es hier keine allgemeingültige Aussage gebe. Man müsse den Versicherungsstatus, ob freiwilliges Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung, Privatversicherter oder gesetzlich Krankenversicherter genau betrachten. Eine Rolle spielen auch die vom Rentenversicherungsträger angebotenen Zuschüsse



Martin Mohr



zur Krankenversicherung. Diese können erheblichen Einfluss auf mögliche Beihilfeleistungen haben. Mit der letzten Beihilfeänderung gab es hier eine für die Beihilfeberechtigten positive Veränderung.

Die Pflege ist ein so umfassender Themenbereich, der in Gänze bzw. ausführlich hier nicht dargestellt werden konnte. Dies hätte die Veranstaltung buchstäblich gesprengt. So wichtige Themen werden auch in gesonderten Veranstaltungen behandelt werden.

Zum Abschluss wies BZG-Seniorenvorsitzender Ewald Gerck auf die Senio-

renveranstaltungen der Kreisgruppen hin. Nähere Informationen hierzu können bei den Kreisgruppen erfragt werden.

Die nächste Veranstaltung der BZG-Senioren findet am 11. Oktober 2022 in Bad Hersfeld statt. Kolleginnen und Kollegen, die an der heutigen Veranstaltung in Fulda nicht teilnehmen konnten haben die Möglichkeit die inhaltsgleiche Veranstaltung in Bad Hersfeld zu besuchen. **Anmeldungen bitte an: gdp.ppoh@polizei.hessen.de oder telefonisch unter Telefon: 0661-105-1048.**

Darüber hinaus sind weitere Veranstaltungen zu Beihilfe und Pflege, jeweils mit Partner geplant. Einladungen hierzu ergehen rechtzeitig.

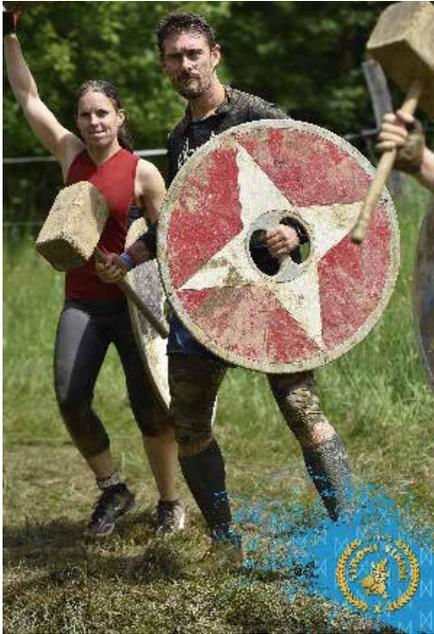
Abschließend noch ein Hinweis/eine Bitte in eigener Sache: Kolleginnen und Kollegen, deren Erreichbarkeiten sich ändern, oder in Pension gehen möchten bitte ihre aktuellen Daten mitteilen. Nur so können wir euch informieren! Bitte Mail an: gdp.ppoh@polizei.hessen.de. Das reicht! ■

Ewald Gerck



„AUF DEN SPUREN DER WIKINGER“

STRONG VIKING – WASSER, SCHLAMM UND HINDERNISSE

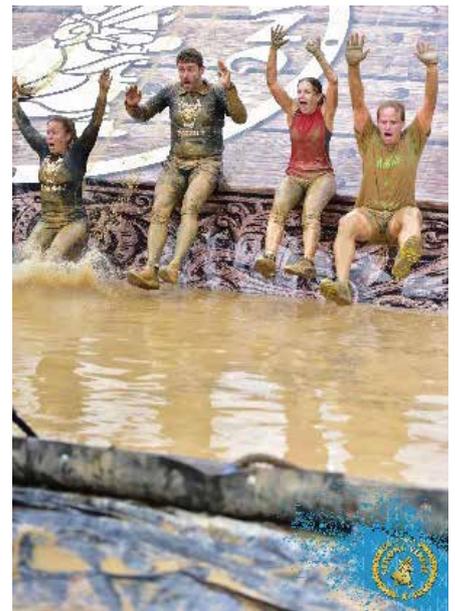


Eine kleine Gruppe explorationsfreudiger GdP-Mitglieder trat am Wochenende vom 21./22. Mai 2022 zusammen mit 9.000 anderen, teilweise sehr originell gekleideten Läufern die Reise nach Walhalla an. Auf einem weitläufigen Forstgelände zwischen Brachtal und Wächtersbach galt es in Startgruppen eingeteilt auf selbstgewählten Streckeneinheiten durch Schlammgräben zu waten, Hindernisse zu überwinden, in Wasserbecken zu rutschen bzw. zu springen, schwere Gewichte durch den Wald zu tragen und einen See zu durchschwimmen. Bis zu 40 Hindernisse waren auf den angebotenen Distanzen von 4, 7, 13, 19 und 42 Kilometern zu

bewältigen. Die GdP-Läufer entschieden sich für die 7, 13 und 19 Kilometer und starteten gemeinsam als Gruppe, wobei sie wie alle anderen während des Laufes von zwei positiven organisatorischen Aspekten profitieren konnten. Zum einen sah das Veranstaltungskonzept nicht vor, dass alle Hindernisse erfolgreich bewältigt werden mussten. Wem ein Sprung zu hoch, ein Gewicht zu schwer oder ein Hindernis zu akrobatischer Natur war, der konnte dieses auslassen. Zum anderen bedeuteten die gemeinsame Startgruppe und die Art der Streckenführung in mehreren Runden, dass die erste 7-Kilometerrunde gemeinsam zurückgelegt werden konnte. Während ein Teil der Gruppe an deren Ende direkt ins Ziel abbog, um dort das wohlverdiente Kaltgetränk in Empfang zu nehmen, begaben sich die verbliebenen Teilnehmer auf die zweite Runde so auf eine Gesamtdistanz von 13 Kilometern. Auch an deren Ende trennte man sich, sodass nur noch ein kleiner Teil auf die dritte Runde ging, um dort die noch fehlenden Kilometer für die 19er Distanz einzusammeln. Die Gesamtlaufzeit spielte im Übrigen nur für die Profis der OCR World Series auf der 42 Kilometerstrecke eine Rolle. Für alle anderen stellte das Gemeinschaftserlebnis die Hauptmotivation zur Teilnahme dar. Der Spaß daran, die Hindernisse anzugehen und sich dabei so richtig dreckig machen zu dürfen, ließ dabei die zu bewältigende Laufdistanz in den Hintergrund treten.

Im Preis für die Veranstaltung waren neben der Starterlaubnis auch verschiedene Verpflegungspunkte an der Strecke (Energieriegel, Bananen, Gummibärchen, Wasser, Iso-Drinks), ein Kaltgetränk im Zielbereich (Wasser oder Bier), ein „Finisher“-Foto sowie ein „Finisher“-Shirt inbegriffen. Die GdP-Bezirksgruppe Südosthessen beteiligte sich bei dem Startgeld. Auch im nächsten Jahr wird das Event an selbiger Stelle stattfinden. Ein neuer Starttermin steht seit kurzem fest. Am 03. und 04. Juni 2023 treffen sich die Wikinger erneut im dortigen Wald. Die Bezirksgruppe Südosthessen wird wieder zu diesem Event einladen. ■

Katja Uffelmann



GRILLEN ZUM ABSCHIED

PP GÜNTHER VOSS VERABSCHIEDET SICH VON SEINEN MITARBEITERN



Der scheidende Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Osthessen begab sich mit Grill und Würstchen, sowie Getränken im Gepäck auf eine Abschiedstour durch die drei Landkreise seines Präsidiums.

Halt machte er im Vogelsberg bei der PSt. Alsfeld, im Landkreis Hersfeld-

Rotenburg bei der PSt Bad Hersfeld und in Fulda unter dem Schlepptuch vom Gebäude -E-. Zuvor steuerte PP Günther Voß eine E-Mail an alle Kolleginnen und Kollegen der drei Landkreise um, alle die es wünschten, zu einer Bratwurst und Getränken einzuladen.

Mehr als 350 Kolleginnen und Kollegen nahmen die Einladung an und verabschiedeten sich persönlich von ihrem Polizeipräsidenten. Bei sonnigem Wetter und guter Laune ließ man so manche Geschichte Revue passieren.

Fast hätte Corona noch einen Strich durch die Rechnung gemacht und es wären beinahe zwei Termine nicht zustande gekommen. Verschoben war nicht aufgehoben, so fanden schließlich alle drei Veranstaltungen statt.

Am Standort Fulda gab es für den Gastgeber eine besondere Überraschung. Die extra für diese Veranstaltung zusammengestellte Band „The BossVoss“ gab ihre Lieder zum Besten.

■
MM



BUCHEMPFEHLUNG

BILDBAND ÜBER DIE ALTEN LIEGENSCHAFTEN DES POLIZEIPRÄSIDIUM SÜDOSTHESSEN

Vor gut einem Jahr fand der Umzug aus der Geleitsstraße in das neue Präsidialgebäude am Spessartring in Offenbach statt. 50 Dienststellen, die zuvor über elf Liegenschaften verteilt waren, sind seither unter einem Dach zu finden.

Kurz vor dem Verlassen der Gebäude hat der Fotograf Frank Budenz die alten Büros und Diensträume fotografiert. Eine Auswahl der besten Aufnahmen hat er in einem sehr eindrucksvollen Bildband zusammengefasst.

Dieser Bildband mit 391 Seiten kann zum Stückpreis von 155 Euro beim HSG PÖA bestellt werden. Ab einer Menge von mehr als 50 Bestellungen reduziert sich der Kaufpreis auf 86 Euro.



Der nachstehende Hinweis gilt nur für Bedienstete des PP Südosthessen:

Ein Belegexemplar kann hier im HSG PÖA eingesehen werden. Zudem ist der Band im Verzeichnis „polizei.hessen.de

zda\HESO\ALLE\ALLE\ALLE“ unter der Bezeichnung „Musterbuch_PPSOH_Dezember_2021“ als pdf-Dokument einsehbar.

Rudi Neu / PÖA

VERABSCHIEDUNG

POLIZEIPRÄSIDENT GÜNTHER VOß IM RUHESTAND

Nach 48 Jahren und 4 Monaten ging Polizeipräsident Günther Voß mit dem Ablauf des Monats Juli 2022 in den wohlverdienten Ruhestand.

Dies waren 17.654 Tage Dienst am und für den Bürger des Landes Hessen.

Vom Polizeiwachtmeister bis zum Polizeipräsidenten bekam Günther Voß mehr als 20 Urkunden für Beförderungen und Ernennungen ausgehändigt.

Seine 580'igste Monatsabrechnung wird das erste Ruhegehalt sein.

Insgesamt 24 Jahre war PP a.D. Günther Voß Bediensteter am Standort Fulda, hiervon 14 Jahre Polizeipräsidium Ostthessen.

Am 21.07.2022 fand in der Fuldaer Orangerie die feierliche Verabschiedung im Beisein von mehreren Hunderten geladenen Gästen sowie Herrn Staatsminister Peter Beuth statt.

„Mit Günther Voß geht ein Vollblutpolizist in den wohlverdienten Ruhestand, der in seiner allein rund 24-jährigen Dienstzeit für die Menschen in Ostthessen sehr viel bewegt hat. Sorgfalt und Weitblick, klare Worte und Führungsstärke zeichneten den Präsidenten aus“, sagte Herr Staatsminister Peter Beuth in seiner Abschiedsrede.

„Unter deiner Verantwortung hat sich das Polizeipräsidium Ostthessen maßgeblich weiterentwickelt und die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger der Region stetig verbessert. In diesem Sinne bedanke ich mich bei Günther Voß für seine erfolgreiche und herausragende Arbeit für das Land, die hessische Polizei und insbesondere für die Region Ostthessen. Ich wünsche ihm von Herzen alles Gute und viel Gesundheit für den wohlverdienten Ruhestand“, so Innenminister Peter Beuth.



Innenminister Peter Beuth mit Günther Voß und seiner Gattin

Landrat Bernd Woide, der für die drei Landkreise des Polizeipräsidioms (Fulda, Hersfeld-Rotenburg und dem Vogelsbergkreis) sprach, drückte ebenfalls seinen Dank aus.

„Günther Voß ist Behördenleiter, aber er ist auch immer Schutzmann geblieben. Und dies meine ich mit hohem Respekt. Ein Schutzmann, der sich um die Bürger kümmert und sich um sie sorgt. Vielen Dank für alles.“, dankte Bernd Woide und überreichte als Geschenk einen Rundflug über große Teile des Polizeipräsidioms Ostthessen.

Nach dem Vertreter der Landkreise sprach der Leiter der Staatsanwaltschaft Fulda, Herr Dr. Patrick Liesching, stellvertretend für alle zuständigen Staatsanwaltschaften im PP Ostthessen.

Herr Dr. Liesching bedankte sich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und stellte in seiner Rede fest, dass er „...ein weinendes Auge und Auge, was den Tränen auch sehr nahe ist“ sieht.

Im Anschluss sprach der Vorsitzende des örtlichen Personalrats, Martin Mohr, und ließ nochmals den ostthessischen Werdegang von Günther Voß Revue passieren. Von der Geburt „seines Babies – dem PP Ostthessen“ bis zum Erwachsenwerden und Loslassen als „Papa“ mit

der Pensionierung. Voß habe mit seinem autoritären, gradlinigen aber fairen Führungsstil das Präsidium zu dem gemacht was es ist. Er habe das Präsidium in allen Bereichen gefördert aber auch gefordert. Mit dem Personalrat bestand fast immer eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Bei unterschiedlichen Meinungen begegnete man sich auf Augenhöhe und suchte nach einem Konsens oder einem Kompromiss. Gerade im Personalgeschäft, wo die Beteiligungsrechte des Personalrats sehr beschnitten sind, sei es öfters zu Unmutsäußerungen und anderen Ansichten gekommen. Letztendlich entschied die Behördenleitung bzw. der Behördenleiter. Es habe aber immer der Mensch im Mittelpunkt des Handels und Verhandeln gestanden.

Mohr wünschte dem scheidenden Behördenleiter neben Gesundheit und Zufriedenheit ein langes und erfülltes Leben an der Seite seiner Frau. Abschließend überreichte er einen personalisierten Roman sowie eine Flasche Wein für ruhige, spannende und lustige Stunden im Ruhestand.

Als letzter Gastredner sprach der Leiter des Präsidialbüros, Thomas Herget, dem angehenden Pensionär für seine Arbeit als Vorgesetzter, seinen Dank aus.



Personalratsvorsitzender Martin Mohr



Günther Voß mit dem Hessentagspaar



Verabschiedung auf der Washingtonallee

„Sie sprachen mit uns nicht als Chef, sondern als Kollege – Sie waren immer einer von uns. Der vorne wegging, uns immer mitnahm – immer bestimmt aber niemals ungerecht.“, so Herget in seiner Dankesrede.

Zum Schluss ergriff Polizeipräsident Günther Voß das Wort. Zunächst bedanke er sich bei seiner Frau und seiner Familie. Aber schnell kam Voß zu dem zurück, was er die letzten 6 Jahre war – 1. Schutzmann im Polizeipräsidium Osthessen.

Die Hauptaufgabe eines Polizisten sei es immer, Gefahren abzuwehren. Also Straftaten erst gar nicht entstehen zu lassen. Es sei notwendig gewesen verschiedene Präventionsprogramme zu entwickeln, da sich die Zeiten geändert hätten. So seien unter seiner Federführung einige dieser Projekte entstanden, wobei gerade eins vor der hessenweite Ausflächung stünde.

„Das Jahr 2018 hat der hessischen Polizei einen großen Schatten auferlegt. Gibt es rechtsextreme Netzwerke bei der hessischen Polizei? Ich kann dazu nur sagen: So sind wir nicht – wir sind anders! Wir wollen Menschen in der Not helfen. Ich habe 1974 meinen Eid auf die Verfassung abgelegt, damit hatte ich mein Leitbild! Die Grundrechte zu wahren und zu schützen.“, so Voß in seiner Abschiedsrede.

Schließlich verabschiedete er sich mit einem Appell an die anwesenden Politiker und Behördenleiter:

„Wir haben einen interessanten Beruf, jeden Tag kommt etwas Neues. Die Masse der Polizei macht ihren Job mehr als gut. Deswegen bitte ich Sie, liebe Politiker und Kollegen Behördenleiter: Gebt ihnen Rückhalt, Sicherheit und Vertrauen! Sie werden es Ihnen danken!“



Landrat Bernd Woide spricht Günther Voß seinen Dank aus.

Am 31. Juli endete die Amtszeit von Polizeipräsident (a.D.) Günther Voß und ein Nachfolger/in steht bis dato noch nicht fest. ■

Bilder: Osthessen News-ON, Text: MM

ERNST PÖHLMANN IN RUHESTAND VERABSCHIEDET

Mit Ablauf des Monats August 2022 geht Ernst Pöhlmann, Leiter des Polizeipostens Schlitz, in den wohlverdienten Ruhestand. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde überreichte Polizeirat Philipp Eifert am 27. Juli dem Polizeihauptkommissar Ernst Pöhlmann die Urkunde zur Versetzung in den Ruhestand und bedankte sich ausdrücklich für die stets konstruktive und gute Zusammenarbeit.

Ernst begann seine Laufbahn 1980 mit der Ausbildung bei der Polizei Hessen. Nach erfolgreichem Abschluss ging er als Einsatzbeamter zur Hessischen Bereitschaftspolizeiabteilung nach Hanau, woran sich seine Streifenförmigkeit beim Polizeipräsidium in Frankfurt anschloss. 1989 war er schließlich als Streifenbe-

amter bei der damaligen Polizeidirektion Fulda und später bei der Polizeidirektion Lauterbach tätig, bevor der Polizeihauptkommissar nach seinem Studium in das neu gegründete Polizeipräsidium Osthessen wechselte.

Im Jahr 1999 übernahm er die Postenleitung des Polizeipostens Schotten, bevor er seinem Wunsch entsprechend im Jahr 2007 die Leitung des Schlitzer Postens übernahm. Seine ruhige und besonnene Art zeichnen ihn bis heute aus und ließ ihn zu einem im Kollegenkreis beliebten Mitarbeiter werden. Er zeichnete sich bis zum letzten Tag durch seine klare und präzise Arbeitsweise aus. Viele Jahre war Ernst, bis zum Ende seines Dienstes, zudem aktiv im Personalrat tätig.





Ernst Pöhlmann und Udo Klar

Martin Mohr und Udo Klar ließen es sich nicht nehmen, in offizieller Runde Ernst Pöhlmann zu verabschieden. Für den Personalrat bedankte sich Martin

Mohr für die langjährige Tätigkeit im Gremium. Udo Klar überreichte einen Geschenkgutschein von der GdP und verabschiedete sich von seinem aktiven Vor-

standsmitglied, der seit letzten Jahr GdP-Seniorenvertreter im Vogelsberg ist.

Sein gewerkschaftliches Engagement in der GdP endet damit noch lange nicht und so hat Ernst neben seinen Hobbys, wie das Vereinsschießen, das Reisen und seinen 5 Enkelkindern, für die Pension bereits feste Aufgaben als Seniorenvertreter der Kreisgruppe Vogelsberg übernommen.

Der künftige Pensionär bedankte sich bei allen Gästen und ließ seine Dienstzeit nochmals kurz Revue passieren. Die Beweggründe, warum genau ihn sein Weg zur Polizei geführt hat, weiß Ernst zwar nicht mehr, dafür hatte er bei seiner Verabschiedung die ein oder andere Anekdote auf Lager. "Die Zeit in Schlitz war das Beste, was mir passiert ist. Danke dafür", so seine Worte. Einen besonderen Dank richtete er zudem an seine Familie, die ihn stets unterstützt habe.

Ernst mach's gut und genieße den Ruhestand mit Deiner Familie und Deinen Enkeln – wir sehen uns!

Iris Decker

VERABSCHIEDUNG ELMAR VOGEL

AUF ELMAR VOGEL FOLGT ESTHER JAEKEL ALS STATIONSLEITERIN

Seit 2017 leitete Elmar Vogel die Polizeistation Rotenburg a.d.F. Nach nun fast fünf Jahren verabschiedete Polizeipräsident Günther Voß Elmar Vogel am 28.06.2022, mit Ablauf des Monats, in den wohlverdienten Ruhestand.

Elmar Vogel geht, nach eigener Aussage nun, nach mehr als 40 Jahren Polizeidienst, dankbar und zufrieden in den Ruhestand. Er bedankte sich bei seinen Kolleginnen und Kollegen für die Zusammenarbeit und die Zeit mit ihnen.

Elmar Vogel begann 1982 seine polizeiliche Laufbahn und blieb, bis zu seiner Versetzung im Jahr 1996 nach Osthessen, bei der Bereitschaftspolizei in Kassel. 2004 wechselte er schließlich zur Kriminalpolizei bei der Regionalen Kriminalinspektion Bad Hersfeld. Im Laufe der Jahre wurde er Abwesenheitsvertreter der Kriminalinspektion in Bad Hersfeld. Im Jahr 2012 wechselte Vogel nach Fulda und leitete die Abteilung zentrale Dienste, ehe er 2017 als Stationsleiter nach Rotenburg a.d.F. wechselte. Mit Ablauf des Monats Juni 2022 beginnt für Kollegen Vogel nun ein neuer Lebensabschnitt.

Polizeipräsident Günther Voß reichte den Führungsstab der PSt Rotenburg weiter an Esther Jaekel, die sich auf die neue Aufgabe freut. „Mir ist es wichtig, als Ansprechpartnerin nach innen und außen zur Verfügung zu stehen“, so Esther Jaekel in ihrer Antrittsrede. Herr PP Voß sprach anerkennend von dem klaren Verstand und der klaren Sprache, die er an der Kollegin Jaekel schätze.

Esther Jaekel kam 2000 von der Bereitschaftspolizei nach Osthessen, wo sie für die ersten sechs Jahre Einsatzsachbearbeiterin in der Einsatzzentrale des PP Osthessen war.

Anschließend übernahm sie für zwei Jahre verschiedene Aufgaben im Bereich der Abteilung Einsatz bevor sie 2008 als Dienstgruppenleiterin zur Polizeiautobahnstation Bad Hersfeld ging. 2019 wechselte sie in den Tagdienst und übernahm die Aufgabe als Leiterin der Sonderdienste und die Abwesenheitsvertretung der Dienststellenleitung. 2021 übernahm sie aus dienstlichen Gründen für acht Monate die leitende Funktion der Zentralen Ermittlungsgruppe bei der Polizeistation Alsfeld.

Zum 01. Juli 2022 ist sie nun Dienststellenleiterin der Polizeistation Rotenburg a.d.F und somit in ihrer Heimatstadt angekommen.

MM



FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER

PP SÜDOSTHESSEN UND PP OSTHESSEN MIT GÜTESIEGEL AUSGEZEICHNET

Am 29.06.2022 erhielten das Polizeipräsidium Südosthessen und das Polizeipräsidium Osthessen zusammen mit weiteren 57 Dienststellen das Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“. Beide Behörden wurden bereits im Jahr 2016 mit dem Gütesiegel ausgezeichnet.

Staatssekretär Stefan Sauer hatte die auszuzeichnenden Behörden nach Wiesbaden zur Verleihung eingeladen. Für das Polizeipräsidium Südosthessen nahmen Polizeipräsident Eberhard Möller und die Gleichstellungsbeauftragte Silvia Christ die Verleihungsurkunde entgegen. Aus Osthessen war Polizeipräsident Günther Voß mit den beiden Ansprechpartnerinnen für das Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“ (PHK in Nadine Renno und Gleichstellungsbeauftragte Christina Bleuel) angereist und nahm die Auszeichnung aus den Händen von Staatssekretär Stefan Sauer entgegen. „Bereits seit 2014 zeichnet das Land Hessen Dienststellen und Hochschulen

mit dem Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“ aus, um im Wettbewerb um die besten Köpfe in Hessen attraktiv zu bleiben. Nicht nur der Sicherheit des Arbeitsplatzes, sondern auch der Unternehmenskultur sowie dem wertschätzenden Umgang miteinander kommt dabei eine immer größere Bedeutung zu...

...Deshalb ist es mir eine besondere Freude, dass heute weitere 59 Dienststellen und Verwaltungen mit diesem Qualitätsmerkmal entsprechende Standards für die Mitarbeiter garantieren und damit die Verwaltungen als attraktiven Arbeitgeber künftig repräsentieren können“, so Staatssekretär Stefan Sauer in seiner Rede.

Das Polizeipräsidium Osthessen stieß den Prozess im Mai 2022 mit einem Workshop an. Insgesamt 16 Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Organisationseinheiten, nahmen zusammen mit dem „Gütesiegel-Team“ des HMdIS an diesem Workshop teil und erarbeiteten die Zielvereinbarung für die Zertifizierung.



Im Polizeipräsidium Südosthessen wurde ein „AG Gütesiegel“ eingerichtet, die sich um die Zertifizierung und nun um die Umsetzung innerhalb der nächsten vier Jahre kümmert.

In den kommenden vier Jahren heißt es nun „Leben“ in die Zielvereinbarungen zu bringen, diese zeitnah umzusetzen und die gesetzten Ziele weiterzuentwickeln. ■

MM

EINSATZBETREUUNG

KONTROLLEN BEIM „BURG–HERZBERG–FESTIVAL“

In der Zeit vom 28.–31. Juli 2022 fand in diesem Jahr wieder das alt bekannte „Burg–Herzberg–Festival“ in Breitenbach am Herzberg statt.

Das „Herzberg–Festival“ bedeutet vier Tage lang „Love, Peace und gute Laune“. Über 10.000 Besucher kommen an den Fuß der Burg Herzberg und feiern gemeinsam ihr „hessisches Woodstock“. Auch in diesem Jahr kamen bekannte Musikgrößen aus aller Welt zum „Open–Air–Festival“ um auf der Hauptbühne aufzutreten.

Es handelt sich mittlerweile seit Jahren um eins der etablierten „Hippie–Festivals“ in Europa. Es zieht Besucher aus ganz Deutschland und ganz Europa an. Egal ob jung oder alt, Maurer oder Rechtsanwältin, Verkäuferin, Richterin, Verkäuferin oder Lehrerin, alle feiern gemeinsam drei Tage lang in friedlicher At-



mosphäre. Wie im August 1969 campen die Besucher auf Wiesen rund um die Veranstaltungsbühnen.

Vier Bühnen, genügend Raum für Zelte, Wohnwagen oder Camper im Bereich

von „Freak City“ (das Hauptareal) und ein weiteres Areal, das „Neue Heimat“ heißt. Auf diesem soll es eher ruhiger und familiärer (mit Kindern) zugehen. Die knapp 60 Stände der Händler aus ganz Deutsch-

land verteilen sich hauptsächlich um die Bühnen. Esoterische, exotische und alltägliche Dinge werden den Festival-Besuchern angeboten. Im Großen und Ganzen handelt es sich um eine friedliche Veranstaltung.

Wenn man Woodstock denkt, denkt man an „FlowerPower“, gute Musik, aber auch an „Sex, Drugs and Rock’n’Roll“. Dass die „Drugs“ bei einem solchen Festival auch für die Polizei interessant sind, versteht sich von selbst. Aus diesem Grund fanden die „DiS-Tage“ (Drogen im Straßenverkehr) auch in diesem Jahr wieder zum Zeitpunkt des Festivals statt. Im Bereich des PP Osthessen wurden mit starken Kräften Kontrollen auf Bundes- und Landstraßen durchgeführt. Zusammen mit dem Zoll, der Bereitschaftspolizei und

Kräften des PP Osthessen wurden mehrere Kontrollstellen eingerichtet um im Vorfeld und während des Festivals Fahrten unter Drogeneinfluss zu verhindern und präventiv tätig zu werden.

Wie bereits vor Corona entschloss sich die BZG Osthessen für eine Einsatzbetreuung. Mit mehreren Kisten Speiseeis, gekühlten Getränken und einigen erfrischenden Süßigkeiten wurden die Kontrollstellen angefahren.

Die eingesetzten Kräfte freuten sich über die „Icecrew“ und die zur Verfügung gestellten Abkühlungen. Immerhin befanden sich die Temperaturen an allen drei Tagen im mittleren 30-Grad-Bereich. ■

MM



BESCHLOSSEN UND VERKÜNDET

REAKTION AUF URTEIL ZUR BESOLDUNGSKLAGE

Am Freitag dem 5. August morgens um 10 Uhr verkündeten Innenminister Peter Beuth und Ministerpräsident Boris Rhein, dass das Land Hessen nun auf das Urteil des hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel aus dem November 2021 reagieren wird.

Folgende Anhebungen zur Besoldung sollen umgesetzt werden:

Anhebung der Besoldung und Versorgung:

- zum **1. April 2023** sowie
- zum **1. Januar 2024** um jeweils **drei Prozent**.

Höhere Familienzuschläge zum 1. April 2023:

- für die ersten beiden Kinder um jeweils **100 Euro** pro Monat (eine Familie mit zwei Kindern erhält 200 Euro zusätzlich),
- für jedes weitere Kind um jeweils **300 Euro** pro Monat (eine Familie mit vier Kindern erhält 800 Euro zusätzlich).
- Angehörige der **Besoldungsgruppe A 5** werden zum 1. April 2023 in die **besser bezahlte Besoldungsgruppe A 6** überführt.
- Für die **Richter- und Staatsanwaltschaft** werden zum 1. April 2023 die niedrigsten beiden Erfahrungsstufen entfallen, auch **um den gestiegenen**

Anforderungen im Justizbereich gerecht zu werden.

Die GdP Hessen bekam die Information zu dieser Pressekonferenz unmittelbar vorher. Auch der DGB Vorsitzende für Hessen, Michael Rudolph, wurde am Nachmittag zuvor in seinem Urlaub telefonisch informiert.

Somit hat die Landesregierung diesen „ersten Schritt“ ohne die Beteiligung der DGB Gewerkschaften beschlossen und schließlich verkündet. Anders wie bei Tarifverhandlungen sitzen die Gewerkschaften bei einem „Besoldungsreparaturgesetz“ nicht mit am Verhandlungstisch. Aber schon kurz nach dem Urteil aus Kassel sicherte die Landesregierung Gespräche mit den Gewerkschaften zu.

Am Abend in der Hessenschau konnte man aus dem Interview von Ministerpräsident Boris Rhein entnehmen, dass es sich um „einen ersten Schritt“ handeln soll, die Besoldung in Hessen für die ca. 110.000 Aktiven und ca. 80.000 Pensionäre zu korrigieren.

Aus Sicht der GdP Hessen ist die zweimal vorgesehene Erhöhung um 6 Prozent richtig, aber kommt zeitlich zu spät. Die Erhöhung um 6 Prozent sollte gerade auch im Licht der Inflation sofort erfolgen.

Auch ist die unrechtmäßige Besoldung der Jahre ab 2015 mit der Erhöhung des Grundhaltes nicht abgedeckt.

Ebenso die Ansprüche aus dem Kindergeldzuschlag. Hier haben Kolleginnen und Kollegen seit Jahren Widerspruch eingelegt und sollen nichts bekommen? Die GdP Hessen wird zu einer Anhörung im Landtag lediglich zu diesem Besoldungsreparaturgesetz angehört werden. Hier werden wir alle Argumente für die Nachzahlungen seit 2015 einbringen.

Wenn ich das Interview mit Ministerpräsident Rhein richtig deute, ist auch der Landesregierung bewusst, dass dies nicht rechtmäßig ist. Man wartet nun auf ein Urteil in Karlsruhe, das noch einmal zwei Jahre dauern kann und rechnet dann vermutlich mit erheblichen Nachzahlungen für die hessischen Beamten.

Die beiden Klagen der GdP bleiben auch weiter aktiv, bis Karlsruhe geurteilt hat. Es bleibt weiter spannend, aber auch hier gilt der alte Spruch der OPE Kassel: „Solange noch gesungen wird, ist die Kirche noch nicht aus!“

Da die Rückzahlungen bislang für die Jahre ab 2015 bis heute nicht berücksichtigt werden, und die erste Erhöhung erst am 01.04.2023 beginnen soll, empfehle ich allen Kolleginnen und Kollegen erneut im Jahr 2022 Widerspruch gegen ihre Besoldung bei der Bezügestelle in altbewährter Form einzulegen. Dazu könnt ihr den auf der nächsten Seite abgedruckten Widerspruch nutzen! ■

Stefan Ruppel

TAGUNG DER RECHTSSCHUTZBEAUFTRAGTEN

KARSTEN BECH UND MARTIN MOHR BEGLEITEN RECHTSSCHUTZ

Noch vor der Sommerpause im Juli 2022 kamen die in den verschiedenen Bezirksgruppen der GdP Hessen benannten Rechtsschutzbeauftragten im mittelhessischen Kleinlinden zu einem fachlichen Austausch zusammen.

Wir berichten in diesem Zusammenhang nicht nur von der Tagung, sondern informieren auch über einige grundsätzliche Fragen zum Rechtsschutz und zu verwandten Themen, z. B. zum behördlichen Rechtsschutz oder zu der Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeld gemäß § 81a HBG. Zunächst aber zu den handelnden Personen in der Bezirksgruppe Osthessen. Unser Bezirksgruppenvorsitzende Karsten Bech sowie der stellv. Vorsitzende Martin Mohr haben die Funktion als Rechtsschutzbeauftragte und sind eure Ansprechpartnerinnen in allen Fragen rund um den Rechtsschutz! Aber wie läuft bei der GdP ein Rechtsschutzersuchen?

Die Gewährung von Rechtsschutz für ihre Mitglieder ist eine der Kernaufgaben der GdP. Die Betreuung unserer Kolleginnen und Kollegen vor Ort während des gesamten Verfahrens ist dabei ein großes Plus des GdP-Rechtsschutz.

Wenn der Dienstherr mit Regress droht, (Straf-) Anzeigen gegen unsere Mitglieder gestellt werden, Disziplinarverfahren drohen, es Streit um Besoldung, in Tariffragen oder zur Pension gibt – die GdP steht an der Seite ihrer Mitglieder.

So ist es z. B. auch Standard in unserer Organisation, dass bei einem Schusswaffengebrauch meist in den ersten Stunden nach dem Vorfall ein Verantwortlicher der GdP da ist und in aller Regel bereits unmittelbar nach dem Vorfall den Rechtsschutz zusagen kann.

Bei der GdP kümmern sich Frauen und Männer vom Fach, welche die Polizei von auch von innen bestens kennen. Ein noch so engagierter Versicherungsdienstleister wird diese Kenntnis der internen Zusammenhänge nie haben.

Über allem steht die GdP-Rechtsschutzordnung, die in der Satzung verankert ist. Sie ist Richtschnur und Verpflichtung bei der Rechtsschutzgewährung. Auch hier entscheiden gemäß der Rechtsschutzordnung eben nicht Versicherungsbeschäftigte über die Gewährung, sondern die Kolleginnen und Kollegen der Rechtsschutzkommission.

Diese haben lange Jahre selbst Dienst bei der Schutz-, Kriminalpolizei oder auch im Tarifbereich geleistet. Wer noch nie bei einer Alarmfahrt in einem Polizeifahrzeug saß, einen Widerstand mit einem Straftäter hatte oder vom polizeilichen Gegenüber bespuckt und beleidigt wurde, kann sich auch nicht in die Situation der Kolleginnen und Kollegen versetzen und eine sachgerechte Entscheidung treffen.

Der erste Weg in Situationen, in denen ihr Rechtsschutz benötigt, führt also zu den Rechtsschutzbeauftragten der

Bezirksgruppen. Natürlich helfen euch aber auch die Vertrauensleute in euren Dienststellen oder die Vertreter der Kreisgruppen. Zunächst wird ein Rechtschutzantrag mit einer kurzen Sachverhaltsschilderung erstellt, bereits hier stehen euch die Rechtsschutzbeauftragten zur Seite. Sobald alle notwendigen und wichtigen Unterlagen beigefügt sind, wird dieser Antrag in unserer Geschäftsstelle durch unsere Juristin Sarah Hoffmann und die Rechtsschutzkommission beschieden. Wichtig: eine Sachverhaltsschilderung wird zur Beurteilung der Frage benötigt, ob der Sachverhalt durch die Rechtsschutzordnung der GdP abgedeckt ist. Selbstverständlich werden diese Unterlagen durch die GdP nicht weitergegeben. Die Angst, dass eine solche Sachverhaltsschilderung im späteren Verfahren gegen euch ins Verfahren einfließt, ist vollkommen unbegründet!

Ach ja, ein weiterer großer Vorteil der GdP: mit Sarah Hoffmann steht euch eine voll ausgebildete Juristin als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Hier können viele Dinge bereits vorbesprochen und zum Teil erledigt werden, ohne dass überhaupt ein Anwalt bemüht werden muss!

Wichtig: der Rechtschutzantrag muss gestellt werden, bevor ein Anwalt beauftragt wird! Und zum Thema freie Anwaltswahl: in aller Regel wird ein vorgeschlagener Anwalt auch akzeptiert. Lediglich in einigen speziell gelagerten Fäl-



Die Teilnehmer der Tagung in Kleinlinden beim Gruppenfoto

len, etwa im Bereich des Tarifrechts, kann es zum Vorschlag eines Anwaltes durch die GdP kommen.

Der behördliche Rechtsschutz:

Jeder kennt es: trotz einer rechtmäßigen Amtshandlung kommt es zu einer Strafanzeige gegen euch. Seit einigen Jahren wird das Land Hessen hier seiner Verantwortung gerecht und übernimmt die Kosten für eine Verteidigung, bezahlt also den Rechtsanwalt.

In Osthessen bieten wir Euch den Service, dass wir zeitgleich mit dem Rechtsschutzantrag auch in entsprechend gelagerten Fällen den behördlichen Rechtsschutz beantragen. Erforderlich ist lediglich eine Unterschrift unter einer Vollmacht, alles andere leitet dann deine GdP für dich in die Wege.

Und sollte die Behörde tatsächlich einen Antrag ablehnen: selbstverständlich läuft der Antrag auch parallel über die GdP-Geschäftsstelle und wird von dort – in aller Regel weit schneller als von Behördenseite – genehmigt. Für den Antragsteller ändert sich nichts, er hat während der Abläufe nur einen Ansprechpartner. Entschieden wird lediglich, wer letztlich die Kosten für das Verfahren übernimmt: GdP oder Behörde.

Erfüllungsübernahme (§81 a HBG)

Als einen großen gewerkschaftlichen Erfolg darf man die vor einigen Jahren erfolgte Einführung der „Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeld“, die im § 81a des HBG geregelt ist, bezeichnen.

In Kurzform: sollte ein Bediensteter im Einsatz durch einen rechtswidrigen Angriff verletzt werden und ein Schmerzensgeld von mindestens 500 Euro zugesprochen bekommen übernimmt das Land Hessen die Zahlung dieser Kosten. Voraussetzung ist lediglich ein erfolgloser Vollstreckungsversuch. Damit sind die Zeiten des oft zitierten „Titel ohne Mittel“ vorbei. Selbst wenn ein Verursacher nicht über die entsprechenden Vermögenswerte verfügt oder einfach nicht mehr greifbar ist, etwa weil er sich im Ausland aufhält: das Schmerzensgeld wird trotzdem ausgezahlt. Während des gesamten Verfahrens stehen dir die Rechtsschutzbeauftragten der GdP jeder Zeit mit Rat und Tat zur Verfügung.

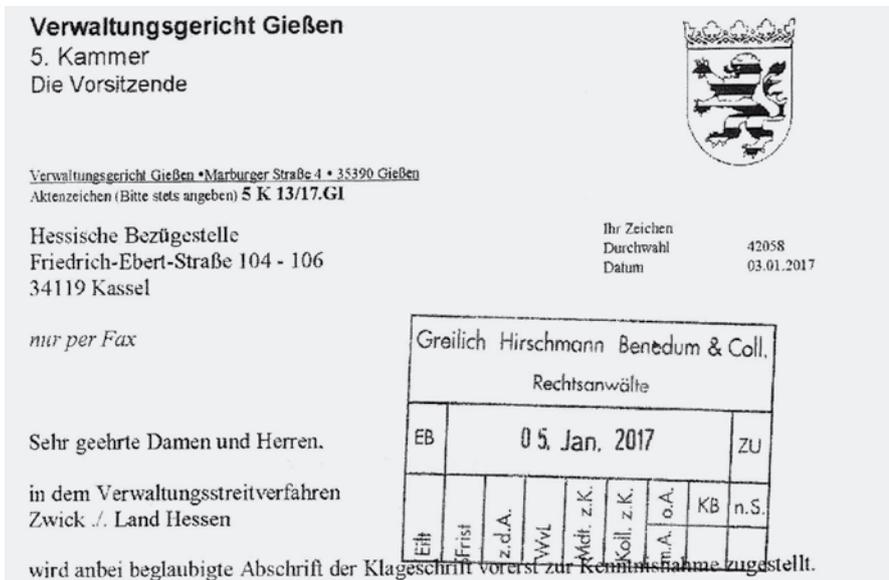
Angriffsentschädigung

Vollkommen neu ist die mit dem 3. „DR-MOT“ eingeführte Angriffsentschädigung. Die wichtigsten Eckpunkte der Neuerung hatten wir bereits im letzten Report zusammengefasst. Bis jetzt fehlen uns noch die jegliche Erfahrungswerte.

Besoldungsklage

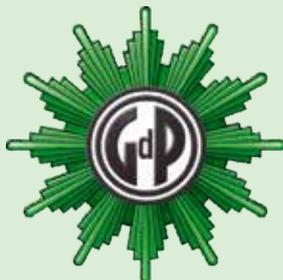
Die GdP hat bei allen sechs zu diesem Zeitpunkt existierenden Verwaltungsgerichten in Hessen eine Klage zur amtsangemessenen Besoldung eingereicht.

Das Verfahren wurde im Oktober 2018 ruhend gestellt, Grund war die Abgabe eines der genannten Verfahren an den Hessischen Verwaltungsgerichtshof. Mittlerweile kümmert sich das höchste deutsche Gericht um eine amtsangemessene Besoldung – auch ein Erfolg der GdP!



Auch GdP-Rechtsschutz: Die Klage zur amtsangemessenen Alimentation

„Wir kämpfen für Eure Interessen!“



Gewerkschaft der Polizei

www.gdp.de/hessen

RADTOUR DER BEZIRKSGRUPPE SÜDOSTHESSEN



Marktplatz in Groß-Umstadt

Der Wettergott hatte ein Einsehen, pünktlich zur GdP-Fahrradtour am Freitag, 19.08. 2022 strahlte der Himmel und die Fahrt konnte von Wiebelsbach/Heubach zur Einkehr zum Kaffee am schönen Marktplatz in Groß-Umstadt starten.

Bei einer Eispause in Babenhausen gesellte sich unser Pensionär Jürgen Seibel kurzfristig dazu. Unter Alleen und an Bächen vorbei führte die Fahrt zur Ab-



Die Teilnehmer während der Pause in Babenhausen: Sabine Spangenberg, Ivo Schmidt, Frank Laudahn und Gattin, Anke Hirsch

schlusseinkehr in den Obst- und Gemüsehof Wurbs nach Hanau / Klein-Auheim, wo die Fahrt nach 42 flachen Kilometern

endete. Eine Fortführung der Veranstaltung für das nächste Jahr ist garantiert. ■

Frank Laudahn

FRANK MÜLLER IM RUHESTAND



Uwe Sachs und Frank Müller (rechts)

Am 23.08.2022 überreichte ihm der Dienststellenleiter der PAST, EPHK Kreß, nach 42 Jahren und 11 Monaten die Ruhestandsurkunde.

Im Oktober 1979 begann er seine Ausbildung bei der Bereitschaftspolizei in Kassel. Nach erfolgreicher Absolvierung des HAL 559 im Jahr 1982 versah er

seinen Dienst in der 14. Hundertschaft in Hanau. Am 01.03.1986 wechselte er zur PAST Neu-Isenburg und von dort nach Langenselbold, zunächst Autobahnpolizei-posten (1988), dann ab 1992 als eigenständige PAST.

Seit 2018 war er dann bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Tagdienst als WuG tätig.

Der GdP ist Frank Müller im März 1985 beigetreten und hält ihr bereits seit 37 Jahren die Treue.

Uwe Sachs vom Vorstand der Kreisgruppe Main-Kinzig überbrachte die Glückwünsche der GdP und überreichte ein kleines Präsent.

Die KG Mai-Kinzig wünscht dem frischgebackenen Pensionär alles Gute, viel Glück und stets beste Gesundheit im neuen Lebensabschnitt.

Langeweile wird bei Franky nicht aufkommen, wie er betonte. Er wird sich nun verstärkt um seine Familie, sein Haus und vor allem um seine zahlreichen Fahrzeuge kümmern, so der Liebhaber amerikanischer Autos. ■

Uwe Sachs

FOTOWETTBEWERB DER GDP

NAHEZU 200 BILDER NAHMEN AM AUSGESCHRIEBENEN WETTBEWERB TEIL!

alea iacta est – die Würfel sind gefallen!

Aber die Preisträger unseres Fotowettbewerbes wurden nicht mittels Würfel bestimmt. Vielmehr hat eine Jury, bestehend aus Teilen des Landesvorstandes und der Werbegrafikerin Christiane Freitag, über die Verteilung der Geldpreise entschieden.

Nahezu 200 Einsendungen aus allen Teilen Hessens sowie der benachbarten Bundesländer nahmen an dem Wettbewerb teil. Und entsprechend schwer fiel es, 3 Fotos herauszupicken, welche die ersten Plätze belegen.

In der „Deutschen Polizei“ wurde bereits über die Gewinner, also über drei prämierte Bilder, und die Überreichung der Preise berichtet. Aber es sind zahlreiche weitere hervorragende Bilder eingesandt worden, die wir an dieser Stelle gerne veröffentlichen wollen.

Interessant ist, wie die Kolleginnen und Kollegen das Motto des Fotowettbewerbes „Mein Polizeialtag“ auf verschiedenste Weise interpretiert und umgesetzt haben. Begegnungen mit dem Dalai Lama, nahezu allen in Zentraleuropa vertretenen Tieren, ein Bild aus dem Demonstrationsgeschehen oder mal eine ruhige Minute in einer stimmungsvoll beleuchteten Umgebung – alles wurde eingesandt.

Da fiel es der Jury nicht leicht, sich auf drei Bilder zu einigen. Zahlreiche Aspekte wurden beleuchtet, stellen wir etwa die Leistung als Fotograf oder doch eher in die Botschaft des Fotos in den Vordergrund, selbst wenn es nicht optimal beleuchtet ist?

Die Diskussionen waren lebhaft und schnell wurde klar, dass ein jeder seine persönliche Sicht auf die Dinge hat. Letztlich wurde man aber doch fündig und die drei an dieser Stelle nochmals gezeigten Bilder wurden prämiert.

Ein mehr als beabsichtigter Nebeneffekt: immer wieder ist die GdP bei Berichten zu bestimmten Themen auf der Suche nach entsprechendem Bildmaterial. Durch den Fotowettbewerb sind wir nunmehr in der Lage, aus zahlreichen Bildern etwas



1. Platz: Britta Feldmann von der BZG Nordhessen



2. Platz: Janna Lewin von der BZG Südhessen



3. Platz: Susanna Budenz-Engel von der BZG Südosthessen

Passendes zu unseren Themen auszuwählen.

Erster Beweis dafür wird die im Herbst folgende Kampagne zur Mitgliederwerbung sein. Über 6 Monate werben wir nicht nur mit verschiedenen Themen,

sondern auch mit einer Verlosung mit attraktiven Preisen, zu einem Beitritt in die GdP – und immer ist ein Bild aus dem Fotowettbewerb als „Blickfang“ dabei.

So werden am Ende nicht nur die drei Gewinner ihr Bild in den verschiedenen

Medien der GdP wieder finden – auch zahlreiche andere Einsender kommen so noch zu den durchaus verdienten Ehren in Form einer Veröffentlichung ihrer Bilder!

©HZ





SICHERHEIT IN FREIBÄDERN – AUFGABE DER POLIZEI?

BUNDESINNENMINISTERIN FAESER SORGT FÜR BUNDESWEITE DISKUSSIONEN

Ob bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder bei der konsequenten Verfolgung von Straftaten. Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat und seine Organe dafür Sorge tragen, in Frieden und Freiheit leben zu können. Wer in unserem Land lebt oder in unser Land einwandert, muss sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und dem Grundgesetz bekennen.

Jeder kann und darf in unserem Land seinen Glauben leben.

Der Rechtsstaat gerät jedoch immer wieder an seine Grenzen, wenn durch Personalabbau in den Polizeien der Bundesländer (in Hessen fehlen 1.500 zusätzliche Polizeibeamte), des Bundes und dem Stellenabbau in der Justiz Ursachen dafür liegen. Bekanntlich fehlen nach Feststellungen des Richterbundes in Hessen mindestens 200 Richter. In Frankfurt wurden sechs Haftbefehle aufgehoben und Gewaltverbrecher wegen Verfahrensverzögerungen aus der Haft entlassen.

Bürgerinnen und Bürger in unserem Land vertrauen darauf, dass Justiz und Polizei funktionieren. Gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist es, in Elternhäusern und Schulen Grundlagen des Zusammenlebens und die Einhaltung von Recht und Ordnung an die Erziehungsberechtigten zu vermitteln.

Insbesondere dem Staat fallen hier wichtige Aufgaben zu, denn die Bereitstellung finanzieller Mittel, z.B. für Ganztagschulen, Kita-Plätze und Lehrer- und Polizeistellen werden nicht nach bestehenden Bedarfen, sondern nach Kassenlagen im hessischen Landeshaushalt bestimmt. Ministerpräsident Rhein forciert seit Mitte Juli den Stellenaufbau in der hessischen Justiz.

Clan Kriminalität findet nicht in Hessen statt – Wie bitte?

Integration von Flüchtlingen kann nur dann gelingen, wenn die zu uns kommenden Menschen sich eindeutig und klar zu unserem Rechtsstaat bekennen und unsere Sprache lernen. Negative Beispiele sind Stadtteile wie Duisburg-Marxloh und Berlin Neukölln. Marxloh zählt zu den ärmsten Stadtteilen Deutschlands, die Arbeitslosenrate ist höher als im

Landesdurchschnitt und die meisten der Einwohner haben ausländische Wurzeln. Immer wieder kommt es zu plötzlicher Gewalt auf offener Straße.

Kriminelle Clans und libanesische Großfamilien prägen das Straßenbild, verschiedene Rockergruppen sowie türkische, rumänische und bulgarische Gruppen rivalisieren um die Vorherrschaft auf der Straße. Die Polizei ist als Zielscheibe ausgemacht. Polizisten werden mit brutaler Gewalt angegriffen und das Gefühl einer „No go area“ macht sich breit. Ähnliches kann man in Berlin Neukölln beobachten, wenn dort rivalisierende Clans um Vorherrschaften ringen.

In Hessen tut sich Innenminister Beuth schwer, existente Clan-Kriminalität auch als solche zu nennen. In Landtagsanfragen, wie DS 20/986 ist von Beuth zu lesen, dass Clan-Kriminalität in Hessen eine seit Jahren untergeordnete Rolle spielt.

In der DS 20/1737 ist nachzulesen, dass auch Bedrohungen von Beamten aus Polizei und Justiz in Hessen von Mitgliedern krimineller Clans nicht polizeilich bekannt sind. Vor einiger Zeit hieß es noch, Clan-Kriminalität in Hessen gebe es nicht.

Das Wort „Clan“ wurde im öffentlichen Sprachgebrauch der Polizeibehörden so sehr tabuisiert, dass oft verdruckst von „bandenmäßiger Kriminalität“ die Rede war, wenn schon längst familiäre Strukturen dahintersteckten. Dabei wusste jeder, der sich intensiver mit der organisierten Kriminalität im Rhein-Main-Gebiet befasst, dass Clans auch in Hessen aktiv sind. Warum sollte es etwa in Frankfurt, wo Millionen Euro mit Rauschgift, Menschenhandel und Betrugsdelikten erzielt werden, anders sein als in Bremen, Duisburg oder Essen?

Freibäder im Fokus

Immer wieder kommt es in Metropolen (Essen, Berlin pp.) zu Konflikten in Freibädern. Auch in Hessen. Wenn Massenschlägereien, Pöbeleien und Körperverletzungsdelikte in Freibädern festgestellt werden, ist dieses Verhalten Einzelner nicht zu tolerieren. Für die Polizeibeschäftigten sind diese Konflikte beklagenswerter, aber ständig wiederkehrender Bestandteil ihrer Arbeit. Wann kommt die Polizei ins Spiel?

Immer dann, wenn Konflikte den Einsatz der Polizei erfordern, ist ein Einsatz

der Polizei Garant dafür, diese auch zu lösen. In Freibädern die Polizei präventiv einsetzen zu wollen ist nichts weiter als eine Wunschvorstellung der Bundesinnenministerin Faeser.

Die Polizei ist bundesweit und auch in Hessen personell nicht dazu in der Lage, die derzeitigen Aufgaben so abzuwickeln, dass Zeit und Raum für eine dringende vollumfängliche Präventionsarbeit bleiben.

Das Projekt KOMPASS wird wie eine Monstranz von Kommune zu Kommune getragen und soll den Bürgerinnen und Bürgern verdeutlichen: unsere Kommune ist sicher!

Die Polizei als Motor der Sicherheit – ja gerne. Aber mit welchem Personal? Wann haben Sie zuletzt einen Streifenwagen auf hessischen Teilabschnitten der BAB A 5, A 3 oder A 7 gesehen, der nicht aufgrund eines Verkehrsunfalls oder einer eingerichteten Kontrollstelle unterwegs war?

Wie sieht es in den hessischen Kommunen aus? Beherrschen unsere Stadtbilder etwa freundliche Präventivstreifen meiner Kolleginnen und Kollegen? Nein!

Es fehlt an Personal. Wir sind mittlerweile die Feuerwehr für die Gesellschaft, ist von meinen Kolleginnen und Kollegen zu hören.

Verlässliche Dienstplanungen sind nicht mehr möglich, weil zusätzliche Dienste und hohe Krankenstände, gepaart mit fehlendem Personal, dafür verantwortlich sind.

Beleg dafür sind die Überstundenberge (über 3,2 Millionen), die wir vor uns herschieben. Trotz finanzieller Vergütungen im letzten Jahr von fast 20 Millionen Euro.

Die Sicherheitspakete I – III der Landesregierung sind verpufft.

Die avisierten 1.500 zusätzlichen Kolleginnen und Kollegen kommen nicht an, weil hohe Abbrecherquoten bei den angehenden Polizisten einerseits (20 %), sowie die in den letzten Jahren eingerichteten Sondereinheiten in den Bereichen Staatsschutz, Bekämpfung der Kinderpornografie, Einrichtungen von Besonderen Aufbauorganisationen und und und dafür verantwortlich sind, dass das Personal in den 24/7 Dienststellen und bei den Ermittlern der Kripo fehlt.

In Freibädern sind Aufsichtspersonen und Bademeister für die Einhaltung der Regeln zuständig.

Je nach Größe der Badeanstalten haben die Betreiber dafür zu sorgen, dass ausreichendes Personal vorhanden ist. Auch für die Fälle, dass Bäder wegen Überfüllung geschlossen werden und wartende Badegäste vor den Einlasstoren dagehen.

Sich über Nachbarn auf den Liegewiesen der Bäder aufzuregen ist das eine, das andere ist die Anwendung von Gewalt.

Festgestellten Straftätern in den Bädern ist durch konsequente Hausverbote der Zutritt auf Dauer zu versagen. Hausrechtinhaber (Städte und Kommunen) dürfen sich nicht darauf verlassen, dass die Vollzugspolizei ihnen die Arbeit abnimmt – sie haben selbst dafür zu sorgen.

Mehr Polizeipräsenz ist nicht genug. Es muss geprüft werden, welche Maßnahmen helfen, Gewalt im Vorfeld ausschließen zu können. Gewalt in Freibädern ist nicht die Regel. Bei offenen Konflikten auf den Straßen wird immer häufiger der Einsatz von Messern/Stichwaffen festgestellt.

Dies hat u.a. in Wiesbaden dazu geführt, dass Waffenverbotszonen eingerichtet wurden. Das Zusammenspiel hierbei von kommunaler Polizei und der Landespolizei lässt positive Rückschlüsse zu. Die Gesellschaft verändert sich, häufig sind jugendliche Banden für gewalttätige Auseinandersetzungen und Körperverletzungsdelikte verantwortlich.

Wir brauchen mehr Präventionsprojekte, eine bessere Integration der Zuwanderer, die flächendeckende Einrichtung von Häusern des Jugendrechts und einen konsequenten und nachhaltigen Personalaufbau bei der hessischen Polizei und der Justiz.

Am Beispiel der immer wieder diskutierten Einsätze der Polizei rund um die bundesdeutschen Fußballstadien lassen sich Parallelen ableiten. Gewalttäter aus den Fußballstadien verbannen ist besser als eine Gebührenpflicht der Vereine.

Bei Fußballspielen in den entsprechenden Ligen des Profifußballs in Deutschland sind Sicherheitskonzepte mit der Polizei erstellt. Eine bundesweite Diskussion entbrannte über die Verantwortlichkeit, wer denn bei Fußballspielen die Polizeieinsätze zu bezahlen hat. Die Polizei ist im öffentlichen Raum für die Gefahrenabwehr und die Strafverfolgung zuständig. Das gilt bei Fußballeinsätzen im Besonderen auch für die Fanbegleitung zu den Stadien und auch wieder zurück. Da ist die Polizei oft genug gefragt, Fanausschreitungen zu unterbinden. Die Kosten dafür muss aber der Staat tragen.

Die Arbeit der Polizei darf nicht daran bemessen werden, wie hoch der tatsächliche Aufwand ist, sondern was erforderlich ist, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Seit Jahren gibt es eine überwiegend gut funktionierende Aufgabentrennung zwischen der Polizei im öffentlichen Raum und den Sicherheitskräften der Vereine in den Stadien.

Das organisieren die Vereine in enger Zusammenarbeit mit der lokalen Polizei und bezahlen das auch. Es schließt zudem auch die Unterstützung der wichtigen und notwendigen Fanprojekte ein. Die Vereine rufen ihre Anhänger nicht dazu auf, sich irgendwo mit irgendwem zu prügeln. Die Ursachen für massive Polizeieinsätze liegen nicht im Sport.

Der Fußball wird jedoch als Bühne für teils absurde, teils brutale Machtdemonstrationen missbraucht.

Daher fordert die GdP seit langem, nicht nur kurz nach dem Start in die neue Bundesligasaison, Fußball-Straftäter konsequent und nachhaltig aus den Stadien zu verbannen.

Die offenen Kampfansagen gewaltbereiter Straftäter an die Adressen des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und der Deutschen Fußball Liga (DFL) verdeutlicht immer wieder, dass es diesen Gruppierungen nicht um den Sport geht, sondern um Aufmerksamkeit und das kompromisslose Durchsetzen eigener Interessen.

Es sei eine gemeinsame Aufgabe von Verbänden, Vereinen, Polizei und Justiz, notorischen Fußball-Straftätern den Zutritt zu allen Fußballspielen dauerhaft zu untersagen.

Für andere öffentliche Einrichtungen, die Bürgerinnen und Bürger gegen Bezahlung von Eintrittsgeldern nutzen und betreten können, sollten die gleichen Maßstäbe gelten.

Jens Mohrherr

GDP-INFOVERANSTALTUNG – QUO VADIS TV-H?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Tarifvertrag für die im öffentlichen Landesdienst beschäftigten Arbeitnehmer*innen im TV-L war zum 01.04.2004 einseitig von der Landesregierung des Bundeslandes Hessen aufgekündigt worden.

Seither gilt für Hessen der TV-H. Alle Forderungen der betroffenen DGB-Gewerkschaften, so auch der GdP, nach einer Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder sind an der starren Haltung der Landesregierung verhallt.

Mit einer Info-Veranstaltung am **Donnerstag, dem 22. September 2022 im Bürgerhaus Gießen-Kleinlinden** Zeitraum: 09:00 bis 14:00 Uhr möchten wir sowohl auf die Bedeutung der Tarifpolitik innerhalb der GdP hinwei-

sen, als auch der Frage nachgehen, unter welchen Bedingungen heute eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) überhaupt möglich wäre.

Dazu möchten wir gerne darüber diskutieren, welche Hürden dem entgegenstehen oder es Gründe für einen Verbleib im TV-H gibt.

Wir möchten auch die Möglichkeit einer Zusammenkunft mit euch dazu nutzen, einige besondere Spezifika des TV-H vorzustellen.

Die Veranstaltung dient in erster Linie als Information für Arbeitnehmer*innen, speziell auch der Wachpolizei des Landes Hessen. Natürlich sind auch Beamt*innen herzlich willkommen, die sich für die Arbeitnehmerrechte engagieren. Den genauen Ablauf und die Liste der Referenten reichen wir nach.

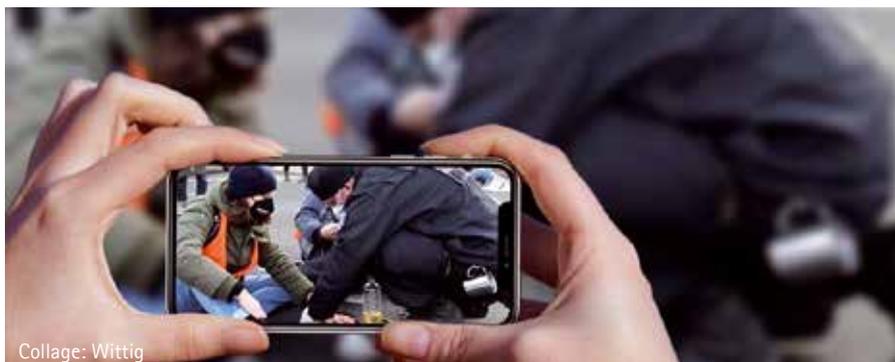


Verfolgt also weiter aufmerksam unsere Zeitschriften und die Homepage, wo wir die Einladung zeitnah zur Verfügung stellen werden. Wir würden uns freuen, euch begrüßen zu dürfen.

Redaktion WH-Report

LETZTE GENERATION?! – WO BLEIBT DER VERSTAND?

Mit verbaler Unterstützung der neuen Parteichefin von Bündnis90/Die Grünen, Ricarda Lang, kleben sich seit mehreren Monaten zumeist junge Menschen auf Autobahnen und Hauptverkehrsstraßen auf den Asphalt. Sie protestieren für mehr Klimaschutz und gegen Lebensmittelverschwendung. Ehrbare Ziele, soweit so gut... Die Art und Weise widerspricht aber jeglicher Logik und Verstand!



Collage: Wittig

Wenn Gewerbetreibende und Menschen, die zur ihrer Arbeitsstelle möchten stundenlang im Stau stehen, weil Verkehrsschlagadern blockiert sind, verliert ein ehrbares Ziel an Bedeutung.

Klimaschutz und Lebensmittelrettung geht nicht ohne sozialen Wohlstand. Wer nachhaltig und klimafreundlich leben will, muss das Geld dazu zunächst einmal verdienen. Diesen nötigen Wohlstand riskiert man jedoch unnötig, wenn man Straßen blockiert.

Bei den bisherigen Aktionen kam es zu kilometerlangen Staus und Blockaden. Wenn Lieferanten ihre Waren quasi auf der Straße verlieren und ihre Existenzen bedroht sind, weil Waren verderben oder Termine nicht gehalten werden können, erreicht man auch mit zivilem Ungehorsam nichts und niemanden.

Nun könnte man sich natürlich fragen, weshalb die Auswirkungen einer kleinen Protestaktion Existenzen und Wohlstand gefährden sollte. Nach mehr als zwei Jahren einer Pandemie und einem Krieg in Osteuropa haben viele Erwerbstätige keine Spielräume mehr in ihrem Wirtschaften und Handeln.

Dies interessiert von der „Letzten Generation“ scheinbar niemanden. Im Gegenteil, man brüstet sich in Medien mit seinen Aktionen und kündigt schon die nächsten an. Man stellt Ultimaten an die Bundesregierung und radikalisiert sich. Wie soll man auch als Polizei mit solchen Protestlern umgehen?

Sind es noch Demonstranten oder schon Öko-Terroristen? Wie weit spitzt sich der Protest dieser Gruppierung noch zu? Wenn Hundertschaften der Polizei durch Stadt und Wald jagen, um weitere Proteste zu verhindern, bei denen bereits Unbeteiligte verletzt wurden, stellt sich die Frage nach der Legitimation solcher Protestbewegungen. Wenn sie mehr Schaden als Nutzen haben, stellt sich auch die Frage nach dem Sinn und

Verstand. Wenn Teilnehmer ihre Identität verweigern, stellt sich die Frage der bewussten Kriminalisierung.

Führende Köpfe dieser und anderer Bewegungen sehen in der Eskalationsspirale noch lange kein Ende und sprechen bereits von viel weitergehenden Maßnahmen des Protests, wie der Sabotage von Infrastruktur. Dabei sehen wir gerade im Moment ganz deutlich, wie anfällig unser System ist und wie abhängig unsere Strukturen von Externen sind.

Sollte unsere Infrastruktur durch mögliche gewollte Zerstörung weiter geschwächt werden, steigen auch die Preise weiter an. Ausfälle in Lieferketten oder bei der Versorgungssicherheit könnten kurzfristig zu weiteren Protesten führen.

Dies sind dann soziale Proteste, weil Menschen nach Corona möglicherweise wieder in Kurzarbeit oder in die Arbeitslosigkeit kommen. Viele werden sich dann bei weiter steigender Inflation noch weniger leisten können. Klimaschutz funktioniert nur, wenn die Bürger sich dies auch leisten können.

Alles das bietet sozialen Sprengstoff, der dazu führen könnte, dass Protestler aufeinander losgehen. Und es wird wieder einmal Spuren bei der Polizei hinterlassen. Wer wenn nicht WIR, die Polizei, sollen dann die Kohlen aus dem Feuer holen? Es stellt sich wiederum die Frage: Wer von der Polizei?

Die Sicherheitspakete I–III sollten unter anderem die Basis stärken. Aber wo sind diese Basisstärkungen? Die genannten Sicherheitspakete sind für die Basis allesamt verpufft, und zwar gewaltig!

Zahlreiche dienstliche Notwendigkeiten und politische Spielereien haben dafür gesorgt, dass nicht ein Streifenwagen mehr auf der Straße zu sehen ist. Wer also soll mögliche Eskalationen, die sich wie in anderen Ländern zu Unruhen ausweiten könnten, rund um die Uhr abdecken? Und warum? Nur weil in Zeiten wirtschaftli-

cher und politischer Unsicherheit einige kein Gespür haben, was die Gesellschaft noch aushalten soll.

Man hat die gestiegene Aggression der Verkehrsteilnehmer bereits deutlich wahrnehmen können.

In den Staus rund um die Proteste der letzten Generation kam es nicht erst einmal und wiederholt zu wüsten Beschimpfungen und Handgreiflichkeiten. Bereits vor Eintreffen der Polizei wollten Verkehrsteilnehmer Protestteilnehmer von der Straße zerren.

Welche Auswirkungen das haben kann, wenn die Hände festgeklebt sind, dafür benötigt man keine Fantasie. Auf Grund der politischen Gesamtsituation und der eskalierenden Proteste gehen Teile der Politik glücklicherweise auf Distanz und verurteilen diese Blockaden auf das Schärfste. Auch der Bundeslandwirtschaftsminister tat dies, der ebenfalls der Partei der Grünen angehört.

Welchen Widerspruch diese Partei derzeit zeigt, veranschaulicht ganz deutlich, dass die Realität des Lebens nichts mit ökologischem Traumdenken gemein hat.

Während Ricarda Lang den zivilen Ungehorsam propagiert, sprechen sich führende Bundespolitiker für Waffenlieferungen aus und verhandeln mit Ländern wie Katar um Gaslieferungen.

Die Grünenbasis dürfte mit geballter Faust in der Tasche täglich die Tageszeitungen aufschlagen. Sie werden durch die Realität überholt.

Dies sollten auch die hessischen Grünen endlich begreifen und mit ihrer Blockadehaltung gegenüber der Polizei aufhören. Sie sollten sich zum einen der Zielrichtung der Bundespartei anschließen und für eine Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage stimmen und sie sollten auch sonst einsehen, dass die innere Sicherheit auch in Hessen nicht zum Nulltarif zu bekommen ist. ■

Daniel Klimpke